Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 81 | **Donnerstag den 9. April 1931** | **89. Jahrgang**

Englandreise am 5. Juni

Programm für den Besuch des Kanzlers und Außenministers.

Berlin, 8. April. Nach einer Reihe von seltsamen Mißverständnissen und fleißigen Kabelgesprächen zwischen Berlin und London, die von Berlin aus wieder nach Badenweiler verlängert werden mußten, hat jetzt die Reise des Kanzlers und des Außenministers nach London in der zeitlichen und programmatischen Aufmachung ihren Charakter vollkommen geändert.

Aus dem Wochenendbesuch ist eine hochoffizielle Staatsvisite geworden, die vom 5. bis 9. Juni dauern soll und feierliche Empfänge durch den König wie durch die englische Regierung vorsieht.

Die Dinge sind offenbar merkwürdig gelaufen, und man kann vorläufig den Eindruck nicht los werden, als ob auch auf deutscher Seite nicht in allen Einzelheiten glücklich operiert worden ist. Jedenfalls stand in dem Augenblick, wo von Berlin aus der Besuch für den 1. Mai angekündigt wurde, in London schon fest, daß dieser Termin nicht in Frage komme. Bei der Unterhaltung über das Datum wurde in Downing Street der Einwand gemacht, daß der englische Premierminister für den 1. Mai bereits besetzt sei und daß der 8. Mai — um ein Wochenende handelte es sich ja nur — nicht mehr in Frage komme, weil dann die Dispositionen für die Vorbereitung der Europakonferenz und der Ratstagung arg ins Gedränge kämen. Die offiziöse, zunächst auch von Berlin ausgegebene Darstellung, als ob der 8. Mai vom Reichskanzler abgelehnt worden sei, ist nachträglich wieder berichtigt worden. Es scheint also, als ob die ganze Schuld für die Verschiebung bei den Engländern liegt, die **aus bestimmten Gründen eine Sonderaussprache mit Deutschland vor der Ratstagung vermeiden** wollten.

Der wahre Grund ist auch nicht schwer zu entdecken. Das Pariser Störungsfeuer ist wieder einmal erfolgreich gewesen. Henderson hat dem Druck Briands nachgegeben und verzichtet auf die Unterhaltung mit den deutschen Staatsmännern vor der großen „Abrechnung" in Genf, wofür dann als Pflaster auf die Wunde, der ganze Apparat eines Staatsempfanges aufgeboten wird.

Schließlich ist es für die deutsche Regierung von untergeordneter Bedeutung, wann der Besuch stattfindet. Die Anregung dazu ist ja von Anfang an von England ausgegangen. Aber es ist selbstverständlich, daß die Verschiebung auf die Zeit nach Pfingsten auch den Charakter der Reise grundlegend ändert. Henderson hatte ursprünglich nur über die Abrüstung reden wollen, und er hat dann später auch die deutsch-österreichische Zollunion mit herangezogen. Beide Probleme werden auf der Ratstagung bereits erörtert. Eine besondere Notwendigkeit, sie dann in London noch einmal zu behandeln, lage nicht vor. Dagegen bleibt die für uns ebenso bedeutungsvolle Frage der Wirtschaftskrise und der Reparationszahlungen nach Genf mindestens ebenso akut. Es ließe sich sogar denken, daß eine Erörterung nach der Ratstagung, wenn die politische Atmosphäre international etwas bereinigt ist, größere Erfolgsaussichten in sich birgt, und daß vor allem, wenn sich dabei einmal eine Annäherung zeigen sollte, die sommerliche Ruhepause geeigneter zu ihrer Entfaltung wäre.

Herr Briand hat also wohl den Augenblickserfolg errungen, indem er die deutsch-englische Aussprache sabotierte — ein Erfolg übrigens, der durch eine geschickte technische Regie zu vermeiden gewesen wäre — aber es ist vorläufig doch noch die Frage, ob nicht durch den Junibesuch das, was er verhindern wollte, noch sehr viel leichter erreicht werden kann.

Die deutschen Herren werden am Freitag, dem 5. Juni, in London eintreffen. Das Wochenende verbringen sie im kleinsten Kreise beim Premierminister auf dem Landsitz Chequers. Sie werden wahrscheinlich nur von einem Herrn der deutschen Botschaft bei diesem Besuch begleitet sein. Möglicherweise findet dann am Montag eine Audienz beim König statt, woran sich ein Empfang im Kreise des Diplomatischen Korps anschließen wird, so daß die Rückreise am Dienstag, dem 9. Juni, oder spätestens am Mittwoch darauf erfolgen kann.

Die Vorgeschichte der Einladung nach Chequers

London, 8. April. Wie Reuter aus unterrichteten deutschen Kreisen erfährt, ist der Gedanke, eine Zusammenkunft zwischen Macdonald und dem deutschen Reichskanzler zu vereinbaren, angesichts der Tatsache entstanden, daß der britische Premierminister schon oft mit führenden Staatsmännern anderer Mächte, insbesondere im Zusammenhang mit Erörterungen über die Flottenabrüstung zusammengetroffen ist, während er mit dem deutschen Reichskanzler noch keine Zusammenkunft gehabt hat. Zu diesem Zwecke erörterten etwa Mitte März der britische Staatssekretär des Aeußern mit dem deutschen Botschafter in London einen Vorschlag, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister ein Wochenende in Chequers verbringen sollten, um Fragen von gegenseitigem Interesse zu erörtern. Diese informelle Anregung wurde von dem deutschen Botschafter nach Berlin übermittelt und wurde von Seiten beider deutschen Staatsmänner herzlich aufgenommen. Gegen Ende März teilte der deutsche Botschafter Henderson mit, daß der britische Vorschlag begrüßt und eine Einladung nach Chequers mit großem Vergnügen angenommen werde. Der zuerst vorgeschlagene Zeitpunkt war der 1. Mai. Es stellte sich darauf jedoch heraus, daß der Premierminister zu dieser Zeit Verpflichtungen hatte, die nicht zurückgezogen werden konnten. London schlug hierauf ein eine Woche später liegendes Datum, nämlich den 8. Mai, vor. Es war nicht sicher, ob dies den deutschen Herren passen würde, da noch nicht eine Woche später, nämlich am 15. Mai, Dr. Curtius an einer Sitzung des Ausschusses für die europäische Union in Genf und 3 Tage später am Völkerbundsrat teilnehmen müßte. Da Ende Mai für die deutschen Minister noch ungelegener war, fand ein weiterer Meinungsaustausch mit Berlin statt, und schließlich wurde am heutigen Spätnachmittag im Foreign Office, nachdem Besprechungen zwischen Brighton und Lossiemouth, sowie dem Schwarzwald und Bayern stattgefunden hatten, wo die 4 in Betracht kommenden Minister ihre Osterferien verbringen, die Zeit vom 5. bis 9. Juni festgesetzt. Die deutschen Minister, in deren Begleitung sich eine Anzahl von Sekretären befinden wird, werden in der Nacht zum Freitag, dem 5. Juni, in England eintreffen und den Samstag und Sonntag in Chequers verbringen. Am Montag, dem 8. Juni, wird in der deutschen Botschaft ein Essen zu Ehren der Minister und des diplomatischen Korps, verbunden mit einem Empfang stattfinden. Die deutschen Minister werden am Dienstag, dem 9. Juni, nach Berlin zurückreisen.

Keine frühere Einberufung des Reichstags

Berlin, 8. April. Im Aeltestenrat des Reichstags wurden die Anträge auf Einberufung des Reichstags abgelehnt.

Der Aeltestenrat des Reichstags

Berlin, 8. April. Der Aeltestenrat des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung mit den Anträgen der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstags zur Beratung der Notverordnung des Reichspräsidenten. Für den sofortigen Zusammentritt des Reichstags traten nur die Vertreter der drei antragstellenden Fraktionen ein. Hinter diesen stehen jedoch nur 228 Mitglieder des Reichstags, wobei die drei dissentierenden Mitglieder des Landvolkes bereits zur Opposition gerechnet sind. Denen stehen 349 Mitglieder der übrigen Parteien gegenüber. Der Antrag wurde also nicht von einer Mehrheit des Reichstags unterstützt. Von den Antragstellern wurde auch auf Artikel 24 der Reichsverfassung hingewiesen, der bestimmt, daß der Reichstag auf Verlangen eines Drittels seiner Mitglieder einberufen werden muß. Die Mehrheit des Aeltestenrats war jedoch der Auffassung, daß diese Bestimmung nur für die Zeit zwischen zwei Sessionen, also nur für den Fall gilt, daß der Reichstag sich vertagt hat, ohne einen Termin für seinen Wiederzusammentritt festzusetzen. Der Aeltestenrat lehnte daher die Anträge auf sofortige Einberufung des Reichstags ab. Damit ist jedoch nicht ein für allemal entschieden, daß der Reichstag erst am 13. Oktober wieder zusammentritt. Da die Regierung noch den Erlaß weiterer Notverordnungen beabsichtigt, so ist mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstags während des Sommers zu rechnen, über die dann der Aeltestenrat von neuem beraten müßte. Wenn auch das Reichstagsplenum zunächst nicht einberufen wird, so ist doch in absehbarer Zeit mit dem Zusammentritt verschiedener Ausschüsse des Reichstags zu rechnen. Wie das Nachrichtenbüro des V. d. Z. hört, besteht die Absicht, den auswärtigen Ausschuß zur Beratung der durch die österreichische Zollunion und die Abrüstungskonferenz aufgeworfenen außenpolitischen Fragen einzuberufen.

Auch mehrere andere Ausschüsse haben noch kleinere Aufgaben zu erledigen. Einberufen ist bisher der Ausschuß zur Untersuchung der Roggenstützungsaktion, und zwar für den 22. April.

Der Reichsrat wird seine Arbeiten gleichfalls in der übernächsten Woche aufnehmen. Die Ausschußberatungen des Reichsrats werden am 22. April beginnen. Die nächste Vollsitzung des Reichsrats ist für den 30. April anberaumt worden.

Britischer Flottenbesuch in Kiel

London, 8. April. In Kreisen der britischen Admiralität war bisher noch keine Bestätigung der Meldung des „Daily Herald" zu erhalten, daß das zweite britische Kreuzergeschwader in diesem Sommer den Kieler Hafen besuchen werde. Der Marinekorrespondent des „Daily Herald" betont jedoch, daß private diplomatische Besprechungen über den vorgeschlagenen Besuch im Gange seien, und obgleich noch nichts offiziell geregelt worden sei, würden die Verhandlungen in freundschaftlichstem Geiste geführt. Es fehle sozusagen nur noch die formelle Einladung und Annahme. Das Blatt hebt hervor, es werde also voraussichtlich in diesem Sommer ein britisches Geschwader zum ersten Male seit 1914 einem deutschen Hafen einen Besuch abstatten. Das zweite britische Kreuzergeschwader besteht aus den Kreuzern Hawkins (Flaggschiff), York, Dorsetshire und Norfolk, sowie dem Minenlegerkreuzer Adventure. Der Kreuzer Hawkins wurde unmittelbar nach dem Kriege vollendet, aber alle anderen Schiffe sind späteren Datums, und laut „Daily Herald" „Gegenstücke" zu den neuen deutschen Kreuzern Emden, Karlsruhe, Königsberg und Köln. Einige dieser deutschen Schiffe würden vielleicht in Kiel als Gastgeber fungieren.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin, 8. April. Die Zählungen der Landesarbeitsämter hat ergeben, daß am letzten Stichtag, dem 31. März, 200 000 Erwerbslose wieder Beschäftigung gefunden hatten. Damit scheint also der Höhepunkt unserer Arbeitslosigkeit, für dieses Jahr wenigstens, überschritten zu sein. Großartige Hoffnungen auf ein rasches Zusammenschrumpfen des Erwerbslosenheeres darf man sich aber zunächst nicht machen. Zunächst werden mit der fortschreitenden Besserung des Wetters aus der Landwirtschaft heraus Arbeitskräfte angefordert, die aber nach der Frühjahrsbestellung der Felder sicherlich zu einem Teil wieder abgestoßen werden. In der Zwischenzeit wird sich herauszustellen haben, wie weit bei der Industrie eine Belebung des Geschäfts zu spüren ist.

An erster Stelle steht natürlich das Bauhandwerk, das aber in diesem Jahr nur zum Teil Beschäftigung findet, weil die umfassenden Sparmaßnahmen auch auf die Neubauten zurückwirken. Möglicherweise werden die Russenaufträge noch eine Anforderung von Facharbeitern zur Folge haben. In der Hauptsache hängt aber alles von der Preisgestaltung ab, die, wenn sie ungünstig bleibt, den Verbrauch nicht hebt und auch wieder für eine Wiederankurbelung der Produktion nicht sorgt. Allmählich werden sich aber die Lohnreduzierungen auswirken, wenn sie auch noch nicht auf breiter Front durchgeführt sind. So lange allerdings die öffentliche Last nicht ebenfalls abgebaut wird, bleiben die Opfer der Arbeitnehmer nur Halbheiten, mit denen nicht viel anzufangen ist. Ein Anfang ist aber gemacht, und es ist, zu hoffen, daß der einmal eingeschlagene Kurs nun auch unbeirrt weiter gesteuert wird, damit sich die Zahl der 200 000, die jetzt Arbeit gefunden haben, möglichst rasch vervielfacht und wir in den nächsten Winter nur mit einem kleinen Heer von Erwerbslosen, aber auch gekräftigten Finanzen der Arbeitslosenversicherung hineingehen. Von besonderer Bedeutung ist ein rasches Abnehmen der Arbeitslosigkeit auch für die Gemeinden, die durch die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen in die größten Schwierigkeiten geraten sind.

Interessant ist eine Statistik vom Ende des vorigen Jahrs, die feststellt, **aus welchen Berufen die Erwerbslosen kommen.** Nach dem Stand vom 31. Dezember 1930 stellte die Gruppe der ungelernten Arbeiter mit 620 000 Arbeitslosen das Gros der Unterstützten. Aus der Metallindustrie kamen 561 000, aus dem Baugewerbe 236 000, aus dem kaufmännischen Gewerbe 188 00, aus der Holzindustrie 175 000, aus der Spinnstoffindustrie 149 000, aus der Bekleidungsindustrie 148 000, aus dem Verkehrswesen 135 000 und aus der Industrie der Steine und Erden 106 000. Die übrigen Berufe liegen unter der 100 000-Grenze. An der Spitze steht der Bergbau mit 92 000 Arbeitslosen. Aus dieser Statistik geht klar hervor, wie sich die Wirtschaftskrise ausgewirkt und welche verheerenden Folgen sie in den einzelnen Wirtschaftszweigen ausgelöst hat.

Deutschlands Wehrlosigkeit in der Ostsee

Die Kopenhagener Zeitung „Berlingske Tidende" beschäftigt sich in einem Leitartikel am Samstag mit den Flottenverhältnissen in der Ostsee. Das Blatt verweist auf die großen Neubauten Polens, auf Frankreichs Versprechen, Polen im Kriegsfalle eine starke Schlachtschiff-Flotte zur Verfügung zu stellen, auf die russischen Neubauten, auf die vielen U-Boote und Flugzeug-Geschwader, auf Schwedens und Finnlands Neubauten und schreibt dann in bezug auf Deutschland:

Es wird also viel an den Ufern der Ostsee gebaut, und man versteht daher Deutschlands Interesse für die Verhältnisse. Insbesondere interessieren die vielen U-Boote die Deutschen, denen nach dem Versailler Vertrag die Unterhaltung dieser Waffe und militärischer Flugzeuge verboten ist. Man weiß nicht genau, wie viele Flugzeuge die einzelnen Oststaaten besitzen. Trotzdem ist bekannt, daß Rußland z. B. 4 Aufklärungs-, 2 Jagd- und 2 Bombengeschwader besitzt, die noch durch Torpedoflugzeuge verstärkt werden können, so daß etwa 116 Militärflugzeuge Sowjetrußland zur Verfügung stehen. Wenn die Abrüstungskonferenz in Genf im Jahre 1932 zusammentritt, werden diese Neubauten zweifellos von Deutschland als Stütze für die Streichung des Paragraphen des Versailler Vertrages, der die Unterseeboots- und Flugzeugwaffe Deutschland verbietet, angeführt werden. Moderne Flotten sind in taktischer Hinsicht undenkbar ohne U-Boote und namentlich ohne Flugzeuge. Letztere wird Deutschland natürlich durch Verwendung seiner Verkehrsflugzeuge als Militärflugzeuge besitzen können. Diese verfügen aber nur über eine geringe Schnelligkeit, so daß ihre militärische Verwendungsfähigkeit beschränkt ist. Die deutschen Panzerschiffe A und B, denen ja noch vier andere Neubauten folgen werden, werden dann ohne Flugzeugaufklärung fast wehrlos sein. Deutschland ist daher in Wirklichkeit waffenloser an der Ostsee, als eine flüchtige Betrachtung dies glaubhaft machen kann. Mit dieser Tatsache wird der große deutsche Staat 14 Jahre nach dem Ende des Weltkrieges sich wahrscheinlich nicht freiwillig zufrieden geben können.

Günstige Aussichten für den Kirchenvertrag

Berlin, 8. April. Die obersten Behörden der sieben evangelischen Landeskirchen in den neuen preußischen Provinzen haben sich bereit erklärt, den evangelischen Kirchenvertrag in der Fassung, die er in den jüngsten Verhandlungen erhalten hat, anzunehmen. In Hannover ist diese Entschließung an die Zustimmung des Landeskirchentages geknüpft, der am 15. April zu einer außerordentlichen Tagung zusammentritt. Auch die vorläufige Beschlußfassung des Kirchensenats der altpreußischen Kirche soll eine zustimmende gewesen sein. Zur endgültigen Entscheidung wird die Generalsynode der altpreußischen evangelischen Kirche in der übernächsten Woche in Berlin zusammentreten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Wieder auf dem toten Punkt

London, 8. April. Die Flottenverhandlungen mit Frankreich und Italien, die vor einigen Wochen schon als perfekt galten, sind jetzt endgültig auf dem toten Punkt angelangt. Es ist nur noch eine Frage der Formulierung, ob man nicht sagen will, daß sie gescheitert sind.

Die französische Tendenz, sich unter dem Einfluß innenpolitischer Schwierigkeiten aus den getroffenen Abmachungen zurückzuziehen, hat zu einer ganz ungewöhnlichen Situation geführt. England ist durch den Londoner Vertrag mit Amerika und Japan bis 1936 auf ganz bestimmte Höchstprogramme des Kriegsschiffbaues festgelegt. Die Abmachungen mit Frankreich und Italien sollten sich auf die gleiche Periode beziehen. Frankreich erklärt aber jetzt, daß es sich nur bis zu der nächsten internationalen Flottenkonferenz im Jahre 1935 binden kann, so daß es im Falle eines ungünstigen Verlaufes dieser Konferenz freie Hand behält, in den Jahren 1935 und 1936 so viel Kriegsschiffe zu bauen, wie es will.

Dies ist, wie die gesamte englische Presse heute ausführt, eine Forderung, die für England ganz unannehmbar ist. Es könnte nämlich gegen Ende 1936 eine Situation entstehen, in der die französische Flotte in den leichteren Klassen etwa 80 Prozent der englischen betrage. Dies würde gegen alle englischen Flottengrundsätze verstoßen. Mehrere Morgenblätter sagen heute ganz deutlich, daß Frankreich entweder diese Forderung zurückziehen muß, oder die ganzen Flottenverhandlungen von vorne beginnen müsse. Die nachträgliche Interpretation der Abmachungen mit England und Italien ist den Franzosen hier sehr übel genommen worden. Es wird jetzt scharfe Kritik an der französischen Haltung geübt und die Enttäuschung in Regierungskreisen ist außerordentlich stark.

Zwischen Bolschewismus und Zivilisation

Der bolschewistische Angriffsplan.

Die französische Zeitung „Matin" veröffentlicht ein Interview des Vorsitzenden des Deutschen Bundes zum Schutze der abendländischen Kultur, des Herrn W. v. Alvensleben. Seinen Darlegungen, die jüngst im genannten französischen Blatt erschienen, ist umso mehr Bedeutung beizulegen, als der „Matin" wegen seiner engen Beziehungen zum französischen Außenministerium bekannt ist.

In dem Interview wird dargelegt, daß das Versailler Diktat Deutschland in die Arme des Bolschewismus treibe. Der bolschewistische Angriffsplan gliedere sich im wesentlichen in drei Aktionen:

1. Zerstörung der asiatischen und der außereuropäischen Märkte überhaupt, mit dem Ergebnis, daß die Wirtschaftsleistung der europäischen übervölkerten Industriestaaten ins Stocken kommt, daß die Arbeitslosigkeit infolgedessen allenthalben sich verschlimmert, und daß somit die Völker sturmreif für den Endangriff des Bolschewismus werden.

2. Direkter Angriff auf die europäischen Märkte durch sowjetrussisches Dumping, zu dessen Verstärkung die deutsche Industrie-Intelligenz mißbraucht werden soll.

3. Der Versuch, auf dem Wege über einen Konflikt zwischen Deutschland und Polen einen neuen europäischen Krieg zu entfesseln, mit dem Ergebnis, daß der Bolschewismus in allen kriegführenden Ländern, zuerst in denen der Besiegten und danach in denen der Sieger, endgültig triumphiere.

Ferner wird erklärt, daß es in die Hand Frankreichs gegeben sei, Deutschland durch ein Bündnis, das den nationalen deutschen Interessen gerecht werde, auf seine Seite zu ziehen. Am Ende des Interviews wird die Alternative gestellt, daß Deutschland im kommenden Entscheidungskampf zwischen **Bolschewismus und Zivilisation entweder auf Seiten des Bolschewismus oder auf Seiten Frankreichs stehen,** und daß im letzteren Fall der Sieg der Zivilisation entschieden sein werde.

60 Millionen Deutsche gegen 50 Millionen Slawen

Den „Nar. Listy" (Tschechei) ist wegen der deutsch-österreichischen Zollunion ein gewaltiger Schrecken in die Knochen gefahren. In seiner Verzweiflung sucht sich das tschechische Blatt nach Bundesgenossen gegen Deutschland um. Kürzlich stellte es nun sichtlich erleichtert fest: „Dem 60 Millionen Einwohner zählenden Deutschen Reich steht ein **50 Millionen zählender Block slawischer Staaten** gegenüber — Rumänien und Bulgarien nicht mitgerechnet. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der slawischen Völker in Europa ist also keine Fiktion, sondern Tatsache. Es handelt sich bloß darum, daß das alle slawischen Völker, besonders jetzt, da es um einen neuen deutschen **„Drang nach Osten"** geht, genau bedenken und daß man in der slawischen Politik von schönen Idealen und verschiedenen Bankett-Reden zu Taten übergeht... Die künftige tschechische Wirtschaftspolitik muß von der slawischen Idee und der Idee der innigeren Zusammenarbeit mit Frankreich ausgehen. Das ist einfach das Gebot der Zeit..."

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit des slawischen Blockes, der aus Polen, der Tschechei und Südslawien besteht, ist bis jetzt noch mehr ein frommer Wunsch, als eine „Tatsache".

Zwangsversicherung im russischen Verkehrswesen

Moskau, 7. April. Der Rat der Volkskommissare hat eine Verordnung erlassen, nach der sich alle Fahrgäste auf den sowjetrussischen Eisenbahnen, Flugzeugen und Dampfern bei der Lösung der Fahrkarte gleichzeitig mit 1000 Rubel gegen Unfall versichern müssen. Die Prämie beträgt pro Reise ein Rubel. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Rußlanddeutsche nach Sibirien verbannt

Kowno, 8. April. Der langjährige Vorsitzende des Leningrader deutschen Bildungsvereins, Dr. Schiele, der im August des vorigen Jahres zusammen mit etwa 40 Mitgliedern der Leningrader deutschen Kirchengemeinden verhaftet worden war, ist jetzt auf 10 Jahre in die Verbannung geschickt worden. Dr. Schiele und die anderen Rußland-Deutschen waren beschuldigt worden, mit ihren Freunden in Deutschland in Beziehungen gestanden und deutsche Zeitungen bezogen zu haben. Ferner sollen sie es abgelehnt haben, sich in kommunistischem Sinne auf kulturellem Gebiete zu betätigen. Schiele und die anderen Verhafteten wurden 8 Monate in den Gefängnissen der OGPU. in Leningrad gefangengehalten, ohne daß ihre Sache zur Verhandlung kam. Sie werden zum Teil auf die berüchtigten Solowki-Inseln im Weißen Meer, zum Teil in das Narymgebiet in Nordsibirien verschickt.

Erste Tauchversuche des „Nautilus"

Newyork, 7. April. Das Unterseeboot „Nautilus", mit dem der englische Forscher und Nordpolflieger Sir Hubert Wilkins im Lauf dieses Sommers nach dem Nordpol fahren will, machte heute in aller Frühe seine ersten Tauchversuche auf einer Probefahrt bei Portsmouth im Staate Newhampshire. Der „Nautilus" erreichte eine Tiefe von 100 Metern und brach zugleich den Rekord seines Schwesterschiffes bei der amerikanischen Marine. Die Probefahrt dauerte dreiviertel Stunden und wurde in den verschiedensten Tiefenlagen durchgeführt. An Bord befanden sich mit acht Offizieren 80 Mann. Nach der Fahrt wurde der „Nautilus" in das Marinedock von Newyork zur Ueberprüfung seiner Maschinenanlage gebracht.

Die Verhandlungen Gandhis

Delhi, 8. April. Die Verhandlungen zwischen Hindus und Mohammedanern sind auf Schwierigkeiten gestoßen. Es ist unmöglich gewesen, eine Einigung in der Frage der Vertretung in den Kommunalverwaltungen zu erzielen. Der linke Flügel der Mohammedaner hat sich auf seinen Standpunkt versteift und damit die Verhandlungen gefährdet. Gandhi hat eine Unterredung mit Lord Irwin und dem Innenminister Emerson gehabt. Wie verlautet, soll der Stand der Verhandlungen zwischen Hindus und Mohammedanern Gegenstand der Besprechung gewesen sein. Ebenfalls soll die Frage der Vertretung Indiens an der Konferenz am „Runden Tisch" in London zur Sprache gekommen sein. Zur Zeit ist Gandhi der einzige Vertreter Indiens zu dieser Konferenz. Er wird von dem Kongreßführer Jawaharlal Nehru begleitet werden. Wahrscheinlich wird Gandhi noch in diesem Jahre auch eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternehmen. Das Datum ist noch nicht festgesetzt, doch nimmt man an, daß er nach Beendigung der Konferenz am „Runden Tisch" die Vereinigten Staaten besuchen wird.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung am 7. April.) Die Abgabe eines Bauplatzes am Maienplatz an Frau Ottilie Fischer, Steuersekretärs Ww. hier zum ermäßigten Preis von 1 RM. für den Quadratmeter wird genehmigt. Ebenso wird genehmigt die Abgabe eines Bauplatzes für ein Schalthaus von der Wiese beim Elektrizitätswerk im Meßgehalt von etwa 2 Ar an den Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station. Gleichzeitig werden die Entschädigungsleistungen des Verbands für die Durchführung der Hochspannungsleitung durch den Stadtteil Vordere Happey festgesetzt.

Dem Baumeister Geiger wird in stets widerruflicher Weise die Erlaubnis erteilt, für die Entladung seines Betonmaterials den Weg beim Elektrizitätswerk zu benützen unter der Bedingung, daß von der Eröffnung der Badeanstalt an der Zugang zu dieser stets freizuhalten und der Weg wieder in geordneten Zustand zu versetzen ist.

Einem Rangrücktritt der Württ. Wohnungskreditanstalt wird zugestimmt.

Längere Beratung nahm der Plan des Umbaues der Wildbaderstraße von den Gebäuden Lutz und Seeger bis zur Einmündung der Waldrennacherstetge in Anspruch. Die Ministerialabteilung für Straßen- und Wasserbau will sich an den zu 112 000 RM. veranschlagten Kosten mit 56 000 RM. beteiligen, außerdem besteht Aussicht, daß aus der Erwerbslosenfürsorge Grundförderung gewährt werden wird mit einem Zuschuß von etwa 5000 RM. Die Frage ist nun die, soll der Plan unter diesen Umständen fallen gelassen oder soll er nach den Richtlinien der Staatsstraßenbauverwaltung oder nach dem Plan des Stadtbauamts ausgeführt werden. Einmütig stellte sich der Gemeinderat auf den Standpunkt, daß, wenn etwas gemacht wird, der Plan des Stadtbauamts auszuführen sei. Der Unterschied besteht darin, daß die Staatsstraßenbauverwaltung sich nur beteiligen will an einer Fahrbahnbreite bis zu 6 Meter und einer Gehwegbreite auf der Flußseite von 1½ Meter und daß das Ufer durch ein Böschungspflaster gesichert werden solle; bei dieser Ausführung müßte die Allee fallen. Der Entwurf des Stadtbauamts sieht eine Fahrbahnbreite bis zu 6½ Meter, einen Gehweg dem Fluß entlang von 2 Meter Breite und die Ufersicherung durch eine Mauer vor, während die Allee mit einem Schutzstreifen von 1½ Meter erhalten werden könnte. In Berücksichtigung der ganzen Verhältnisse hält der Gemeinderat die letzte Ausführung für notwendig und ist der Ansicht, daß sich die andere Lösung früher oder später als verfehlt herausstellen würde. Nach eingehender Beratung, in welcher auch die Bedenken, die entgegenstehen, ausgiebig erörtert wurden, wurde vom Gemeinderat einstimmig der Beschluß gefaßt: „Dem Umbau der Wildbaderstraße nach dem Plan des Stadtbauamts vorzunehmen, an die Staatsstraßenbauverwaltung wiederholt die Bitte zu richten, den Staatsbeitrag entsprechend zu erhöhen evtl. nach Augenscheinseinnahme an Ort und Stelle. Die Finanzierung soll erfolgen mit dem Staatsbeitrag, mit dem Zuschuß aus der Erwerbslosenversicherung und der auf 1. Januar 1932 zur Rückzahlung verfallenen Aufwertungsschuld der Elektrizitätswerkverwaltung an die Stadt in Höhe von 25 000 RM." Bei diesem Beschluß ließ sich der Gemeinderat leiten einesteils von der Notwendigkeit, in den Straßenverhältnissen Schritt zu halten mit der Entwicklung des Verkehrs und dem Bestreben, den Fußgängerverkehr auf dieser Strecke besser zu sichern, anderenteils von der Möglichkeit, einer Anzahl Erwerbslosen auf mehrere Monate Arbeit zu schaffen und hiedurch auf die Wirtschaft belebend einzuwirken.

Von einer zwischen den Vorständen der Realschule und Volksschule vor dem Bürgermeisteramt abgeschlossenen Vereinbarung über die gemeinschaftliche Benützung eines Schullokals im neuen Schuljahr nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

Die Entlohnung der städt. Arbeiter wird ab 1. April ds. Js. in Anpassung an den Gemeindearbeitertarif festgesetzt.

Der Abschluß der Elektrizitätswerksrechnung 1929, in welchem Rechnungsjahr erstmals der Wohnungstarif zur Geltung kam, zeigt ein verhältnismäßig befriedigendes Bild. Die Zunahme des Verbrauchs von Licht und

MAGGI's Suppen kosten nur noch 10 Pfg. der Würfel

Die kleine Frau Storkow

Roman von Anton Schnack

26

„Wenn du das so sagst, Hans", entgegnete das Mädchen resigniert, „dann stimmt alles . . . und eben doch nicht."

Hans nahm ihre Hand und küßte sie. „Sprechen wir jetzt nicht mehr darüber, Mady! Bist ein lieber, guter Kerl, das weiß ich. Machen wir es wie die Russen. Sieh nur, wie fröhlich diese Herren sein können. Alle freuen sie sich, einmal in Ihrer Muttersprache wieder zu plaudern und ich bin froh, daß ich Frau Storkow eingeladen habe."

Interessiert sah Mady auf Maria. Sie gestand sich, daß Maria nicht nur fabelhaft gut aussah, sondern auch das Gespräch mit überlegener Sicherheit führte.

„Frau Storkow, sagst du Hans. So jung und schon verheiratet." „Und verwitwet!"

„Man sollte es nicht glauben", gestand Mady.

„Ja, ihr Gatte Czogan Storkow starb vor einiger Zeit im Alter von 68 Jahren."

„Ist es möglich! Dieser gewaltige Altersunterschied. Die kleine Frau ist doch kaum 20 Jahre alt."

„Neunzehn Jahre. Nun, Mady, ich glaube, ihre Ehe war nur aus einem Grunde zustande gekommen. Czogan Storkow vermählte sich mit ihr um sie, die heimatlose Waise, dem Leben gegenüber besser schützen zu können. Sie ist Frau . . . aber sag' ehrlich, wenn man sie anschaut, dann denkt man doch nur, sie ist trotzdem Mädchen geblieben."

„Ja! Weißt du, Hans, wenn ich das Mädchen in meiner Nähe hätte als Mann, ich . . . ich würde es für eine Gefahr halten."

Hans lächelte.

„Es ist keine Gefahr! Verlaß dich drauf. Ebensowenig, wie meine bildschöne Privatsekretärin — ist sie das nicht — was eine Gefahr für mich bedeuten könnte. Man ist da eben doch zu viel . . . wie soll ich mich ausdrücken . . . Geschäftsmann. Ich habe an Romansituationen keinen Geschmack."

„Sie ist Angestellte in den Werken?"

„Ja, Privatsekretärin des Direktors Scholz, den du doch kennst."

„Ja! Ist sie tüchtig?"

„Scholz ist begeistert von ihr! Sie gibt sich gewaltige Mühe und spricht drei oder gar vier Sprachen."

„Fabelhaft angezogen ist sie! Geschmack hat sie, das ist nicht zu leugnen."

„Es stellt dir ein gutes Zeugnis aus, daß du das anerkennst, Mady."

Das junge Mädchen wurde glühend rot.

„Ich muß sie fragen, wo sie ihre kostbare Toilette her hat."

„Gerson!" entgegnete der Generaldirektor nachlässig.

Mady sah ihn erstaunt an. „Was, deine Angestellten können bei Gerson arbeiten lassen."

„Das nicht! Aber ich! Weißt du, ich brauchte sie als Dolmetscherin. So bitter es klingt, sie ist gewisser-maßen als Angestellte hier. Sonst wäre sie auch nicht gekommen, denn sie hat Trauer. Und ich bin froh, denn . . . sieh doch die Russen überbieten sich an Aufmerksamkeiten. Direktor Zobel — in Rußland ein großes Tier — er hat die staatliche Elektrizitätsversorgung unter sich — scheint von meiner Privatsekretärin auch ganz entzückt zu sein."

* * *

Es war wirklich an dem, wie Hans festgestellt hatte, die Russen waren von Maria begeistert.

Sie war schlechthin die Landsmännin für sie.

Was tat es, daß sie russischer Flüchtling war und Rußland seit ihren ersten Kinderjahren nicht wieder gesehen hatte. Sie war Russin. Daß sie dazu noch die lichte blonde deutsche Erscheinung hatte, das machte sie doppelt anziehend.

Bei dem Namen Storkow und Turati hatten sie alle gehorcht. Hatten sich angesehen, aber es war über ihre familiären Verhältnisse nicht zu einer Aussprache gekommen.

Oberst Hassotsch war nicht wieder zu erkennen.

Alles Finstere war wie weggeblasen. Er huldigte der Schönheit in einer Weise, daß seine Landsleute, die ihn von der Seite nicht kannten, erstaunt waren.

Maria hörte von Rußland.

Und alle sprachen den Wunsch aus, sie in Moskau, wenn die deutsche Delegation käme, wieder begrüßen zu dürfen.

Aber Maria schüttelte den Kopf und sagte: „Meine Herren, da machen Sie sich keine Illusionen. Ich bin nur eine Angestellte in den Augemeinen Deutschen Elektrizitätswerken und habe heute nur einmal das Vergnügen, mich mit Ihnen unterhalten zu dürfen, weil ich Russin bin und eine Dolmetscherin erwünscht war."

„Sagen Sie das nicht, Maria Iwanowa!" warf der Oberst rasch ein. „Ich werde den Generaldirektor bitten, daß er sich auch in Moskau Ihrer als Dolmetscher bedient. Moskau wartet auf Sie, Maria Iwanowa. Ihre Schönheit wird auch in der Heimat Triumphe feiern."

Maria errötete.

„Sie wollen mir schmeicheln, Oberst Hassotsch. Ich bin nicht schön. Ich bin die kleine Frau Storkow . . . ja, ja, so nennen sie mich alle, und nicht mit Unrecht."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Haushaltungsstrom hat es ermöglicht, die Abschreibung in Höhe von 14 257 RM. voll zu decken. Die Gesamteinnahmen betragen 117 857 RM., die Ausgaben 104 601 RM., Mehreinnahmen 13 256 RM. berechnet auf den 94 367 KWS. zählenden Lichtverbrauch zu 40 Pfg. 37 746 RM., für 30 395 KWSt. Kraftverbrauch zu 20—16 Pfg. 5558 RM., für 129 926 KWSt. Kraftverbrauch an Großabnehmer zu 12—8 Pfg. 12 299 RM., Nachtstrom für Gewerbe 4706 KWSt. zu 3,6 Pfg. 169 RM., Nachtstrom für Haushaltungen 7721 KWSt. zu 5 Pfg. 386 Reichsmark, Vanschallichtstrom 956 RM., für Haushaltungsstrom 46 511 KWSt. zu 12 Pfg. 5581 RM. Vom Gemeinderat wird die Rechnung ohne Anstand durchgesehen.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Sitzung um 10½ Uhr geschlossen. K.

(Wetterbericht.) Ueber Mitteleuropa liegt ein schwaches Hochdruckgebiet. Für Freitag und Samstag ist etwas wärmeres, wechselnd bewölktes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Heilbronn, 8. April. (Gefängnis für blinden Feueralarm.) Die drei Böckinger, Otto Klenk, Albert Krötzinger und Alfred Mann, die zur nächtlichen Stunde die dortige Weckerlinie in frevlerischer Weise alarmierten und durch die Kriminalpolizei anderntags ermittelt wurden, erhielten vom hiesigen Amtsgericht eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten. Diese Strafe soll andern zur Warnung dienen, von diesem unverantwortlichen Unfug abzulassen.

Stuttgart, 8. April. (Nationalsozialistischer Landesparteitag.) Am 16. und 17. Mai ds. Js. findet in Stuttgart der Nationalsozialistische Parteitag des Gaues Württemberg und Hohenzollern statt, der durch eine Kundgebung in der Stadthalle eingeleitet wird. Am Sonntag, 17. Mai, ist ein Werbemarsch durch Stuttgart.

Schwenningen, 8. April. (Drei Flugzeuge zerstört.) Bei den Osterflügen am Hohenkarpfen durch die Segelfliegergruppe des Oberen Schwarzwaldes wurden drei Flugzeuge zerstört, das eine der Gruppe Tuttlingen, die zwei anderen der Gruppe Schwenningen gehörend. Der hervorragende Segelflieger Hartmann von hier wurde bei einem Fluge an der rechten Hand verletzt. Der Verunglückte wurde in das hiesige Krankenhaus verbracht.

Aßelfingen, OA. Ulm, 8. April. (Merkwürdige Pflänzchen.) Im „Ried" ist die Vegetation noch nicht erwacht. Umsomehr Beachtung fanden kleine Blüten von berauschendem Wohlgeruch, die über Ostern einige Wanderfreunde entdeckten. Botaniker haben in vorhergehenden Jahren im Riedschen allerlei Seltsamkeiten gefunden: Fleischfressende Pflanzen, fremdländische Mistein u. a. m. Auch die Vogelwelt zeigt eigenartige Tiere. Bei dem jetzt vorgefundenen Pflänzchen handelt es sich um eine Merkwürdigkeit, da keine Wurzeln festzustellen sind. Weder dem Erdreich noch einem anderen Gewächs entnimmt die Pflanze Nährstoff. Ein bayerischer Biologe, der zwei Blüten auf ganz steriler Unterlage (Stein) fand, beobachtete unter dem Mikroskop gesurchte, mit Schuppen besetzte Blättchen mit Wassergefäßen und Schächtelchen. In den Tropen kennt man die Tillandsia dianhoides, der diese Pflanze ähnlich erscheinen kann. Unerklärlich ist die frühe Blüte. Es handelt sich um keine fleischfressende Pflanze, da man eine Anzahl pflanzlicher Kleinwesen in den Schächtelchen sehen kann. Eine Bereicherung der bisher vorhandenen und einwandfrei festgestellten Riedpflanzen kommt darum nicht in Betracht.!

Vom bayerischen Allgäu, 8. April. (Großfeuer — Tödliche Unfälle.) In der Nacht zum Ostersamstag entstand aus bis jetzt unbekannter Ursache im Sägewerk des Georg Beck in Obergünzburg Feuer, dem fast das ganze Werk zum Opfer fiel. Das Feuer fand reiche Nahrung in den Holzvorräten und vernichtete außerdem viele Maschinen. Die Nachbaranwesen waren durch den Funkenregen in großer Gefahr. — Das 7jährige Töchterchen der Drechslerseheleute Schermüller in Kempten fiel in einem unbewachten Augenblick in einen Kessel mit heißem Wasser. Das Kind zog sich so schwere Verletzungen zu, daß es im Krankenhaus verstarb. — Beim Nachhausegehen von der Kirche am Karfreitag wurde in der Nähe des Rathauses in Schongau die 90 Jahre alte Privatiere Kreszentia Pröbstl von einem Auto angefahren und zu Boden geworfen. Sie verschied an den schweren Verletzungen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 8. April. (Schlachtviehmarkt.) Dem wegen der Feiertage am Mittwoch abgehaltenen Schlachtviehmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 29 Ochsen, 36 Bullen, 229 Jungbullen (unv. 15), 325 (10) Jungrinder, 234 Kühe, 1049 Kälber, 2550 (400) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 45—47 (letzter Markt —), b 40—44 (—), c 32—38 (—), Bullen a 37—40 (38—40), b 35—37 (unv.), c 33—34 (—), Jungrinder a 48—50 (unv.), b 44—47 (unv.), c 40—43 (—), Kühe a 34—39 (—), b 26—32 (—), c 20—24 (—), d 15—18 (—), Kälber b 66—68 (64—67), c 57—64 (55—62), d 48—55 (48—54), Schweine a fette über 300 Pfd. 48—49 (50), b vollfleischige von 240—300 Pfd. 48—49 (50), c von 200—240 Pfd. 46—48 (49—50), d von 160—200 Pfd. 44—45 (46—48), e fleischige von 120—160 Pfd. 43—44 (—), Sauen 34—40 (—) Rpf. Marktverlauf: Großvieh mäßig belebt, Ueberstand, Kälber ruhig, Schweine schleppend, Ueberstand. Nächster Markt Dienstag, den 14. April 1931.

Pforzheim, 7. April. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 700 Tiere, und zwar 4 Ochsen, 20 Kühe, 42 Rinder, 13 Farren, 22 Kälber, 5 Schafe, 593 Schweine. Marktverlauf: Großvieh langsam, Schweine mäßig belebt. Ueberstand: 13 Stück Großvieh, 41 Schweine. Preise für 1 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen a 47—49, Farren a 42, b und c 40—38, Kühe a 38, b und c 35—20, Rinder a 49—51, b 44 bis 47, Kälber b 65—68, c 58—63, Schweine b 49—51, c und d 48 bis 50.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.
gesetzt.

Vermischtes.

Ist die Gans dumm? Das Schimpfwort „dumme Gans" scheint revisionsbedürftig zu sein. So unternimmt Oberforstmeister Hauber in der Zeitschrift „Das Tier und wir" (Tierpark-Zeitung, München) eine Ehrenrettung der Gans in einem längeren Aufsatz und erzählt zum Schluß: Wir bekamen zu Weihnachten eine lebende Gans zum Geschenk. Wir konnten uns nicht entschließen, das prächtige Tier, das wir „Emma" tauften, zu schlachten. Wir räumten ihr in unserem geräumigen Garten freien Lauf ein. Die Gans wurde bald anhänglich, kam sofort herbei, wenn man sich im Garten beschäftigte oder dort in der Sonne ruhte. Sie setzte sich dann zur Gesellschaft und unterhielt sich durch ein behagliches leises Schnattern. Erging man sich im Garten, so begleitete uns Emma wie ein Hund. Im Hause wohnte ein Pensionist S., der sich auch viel im Garten nützlich machte. Mit ihm war Emma bald durch eine dicke Freundschaft verbunden. Auf sein Ersuchen wurde der Gans noch ein weiteres Lebensjahr geschenkt. Freund S. vermietete im Sommer sein zweites Zimmer an Passanten. Eines Tages putzte er einem Mieter die Schuhe. Dabei stützte sich dieser Herr auf die Schulter des Freundes S. Das hielt aber Emma für einen körperlichen Angriff, eilte hinzu, zwickte den ahnungslosen Herrn in die Hose und versuchte, ihn von ihrem Freund S. wegzuziehen. Das befestigte die Freundschaft zwischen S. und Emma noch mehr, und nun blieb sie auch weiterhin am Leben. Besuche, welche ins Haus kamen, meldete sie jedesmal, noch ehe unser Dackel sich durch Bellen beteiligen konnte. Wir freuten uns alle über die Klugheit der Gans. Wir kamen übereinstimmend zur Erkenntnis, daß die Gänse im allgemeinen ganz zu Unrecht falsch beurteilt werden. Sie sind kluge, vorsichtige und wachsame Tiere mit gutem Gedächtnis.

Etwas über die neuen Steuern

(Von Ratschreiber Schäfer, Neuenbürg.)

Reich, Länder und Gemeinden leiden an Geldknappheit. Die bisherigen Steuerquellen gehen im Ertrag ständig zurück. Die Aufgaben der öffentlichen Körperschaften dagegen nehmen zu und sind ihrer ganzen Eigenart nach in der Regel **zwangsläufig**. Neben den hohen Aufwendungen für Straßenunterhaltung sind es in der Hauptsache **Fürsorgelasten**, die sich als größtes Schmerzenskind erweisen. Durch Aufwendungen auf die von der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge ausgesteuerten Arbeitslosen (die sogen. Wohlfahrtserwerbslosen) ist mit einer ganz erheblichen Vermehrung der Fürsorgelasten überall zu rechnen.

Um die vorliegenden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notstände zu beheben und die Wirtschaft und die Finanzen zu sichern, hat der Reichspräsident bekanntlich zwei Notverordnungen erlassen. Mag auch manche Blume in dem Strauß der darin enthaltenen „Hilfsmaßnahmen" ein recht zweifelhaftes Geschenk sein, so muß doch immerhin mit den gegebenen Tatsachen gerechnet werden. Da die einzelnen Bestimmungen der Notverordnungen breiteste Schichten des Volkes betreffen bzw. belasten und die Tragweite ihrer Auswirkung vielfach nicht genügend gewürdigt wird, ferner über manche Bestimmung ganz verkehrte Ansichten und Meinungen im Umlauf sind, erscheint es notwendig, die drei wesentlichsten Steuern, nämlich die Bürgersteuer, die Gemeindebiersteuer und die Gemeindegetränkesteuer, herauszugreifen und sie etwas näher — gemeinverständlich — zu erläutern.

1. Die Bürgersteuer

ist diejenige Steuer, welche den einzelnen Steuerpflichtigen am empfindlichsten trifft. Sinn und Zweck der Bürgersteuer ist, daß jeder Einwohner, der die vielseitigen öffentlichen Einrichtungen usw. benützt, auch sich verpflichtet fühlen soll, zur Unterhaltung dieser Einrichtungen und zur Bekämpfung der Notlage seinen Anteil beizutragen. Ob die Bürgersteuer von einer Gemeinde erhoben werden **muß**, oder ob eine Gemeinde nur **berechtigt** ist, die Bürgersteuer zu erheben, hängt zunächst von der Höhe des Gemeindeumlagesatzes (sog. Gemeindeschaden) ab.

Verpflichtet, also unbedingt gezwungen, die Bürgersteuer von 1931 ab einzuführen, sind alle Gemeinden, in denen

1) der 1931 zur Erhebung gelangende Gemeindeumlagesatz den für das Rechnungsjahr 1929 zuletzt maßgebenden Steuersatz übersteigt;

2) diejenigen Gemeinden, deren Gemeindeumlage mehr als 19 Prozent beträgt.

Alle übrigen Gemeinden sind **berechtigt**, die Bürgersteuer einzuführen und Zuschläge zu derselben zu erheben.

Grundlage für die Höhe der Bürgersteuer bildet der sog. Landessatz in Verbindung mit der Höhe des Gemeindeumlagesatzes. Die oben Ziffer 1 genannten Gemeinden, sowie Gemeinden mit einem Umlagesatz bis zu 28,5 Prozent haben die Bürgersteuer in Höhe des Landessatzes zu erheben. Gemeinden mit einem Umlagesatz von mehr als 28,5 bis 38 Prozent müssen einen Zuschlag von 50 Prozent und Gemeinden mit einer Umlage von mehr als 38 Prozent sogar einen Zuschlag von 100 Prozent zum Landessatz erheben.

Der Landessatz der Bürgersteuer ist nach dem Einkommen des Steuerpflichtigen abgestuft und beträgt pro Rechnungsjahr in **Württemberg** für Personen mit einem Jahreseinkommen von

nicht mehr als 4500 RM.		6 RM.
mehr als 4500 RM., jedoch nicht mehr als	6000 RM.	9 „
„ „ 6000 „ „ „ „ „	8000 „	12 „
„ „ 8000 „ „ „ „ „	12000 „	18 „
„ „ 12000 „ „ „ „ „	16000 „	24 „
„ „ 16000 „ „ „ „ „	20000 „	30 „
„ „ 20000 „ „ „ „ „	25000 „	50 „
„ „ 25000 „ „ „ „ „	50000 „	75 „
„ „ 50000 „ „ „ „ „	75000 „	150 „
„ „ 75000 „ „ „ „ „	100000 „	300 „
„ „ 100000 „ „ „ „ „	250000 „	500 „
„ „ 200000 „ „ „ „ „	500000 „	1000 „
„ „ 500000 „		2000 „

Der Landessatz ermäßigt sich

1) für Personen, die einkommensteuerfrei sind:

auf die Hälfte des Landessatzes, der für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 4500 RM. gilt;

2) für die Ehefrau, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben:

auf die Hälfte des Landessatzes, der für den Ehemann gilt. Hierbei bestimmt sich der für den Ehemann geltende Landessatz nach dem Jahreseinkommen, das die Ehegatten zusammen haben; die Ehegatten haften als Gesamtschuldner für das Eineinhalbfache des auf den Ehemann entfallenden Steuerbetrags.

Als Einkommen gilt das Einkommen im Sinne des Einkommensteuergesetzes für den Steuerabschnitt, der dem in das Rechnungsjahr fallenden 1. Juli unmittelbar vorangeht.

Nach diesen Ausführungen erhebt sich die Frage, wer ist nun eigentlich steuerpflichtig? Hierüber sagt der Gesetzgeber wörtlich:

„Die Bürgersteuer wird von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen erhoben, die über 20 Jahre alt sind und selbständig auf eigene Rechnung leben; den auf eigene Rechnung lebenden Personen stehen die Personen gleich, die ein selbständiges Einkommen haben und im Haushalt der Eltern oder sonstigen Verwandten leben. Maßgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober eines jeden Jahres. Wird für die allgemeine Personenstandsaufnahme ein anderer als der im Satz 2 genannte Stichtag bestimmt, so ist dieser Stichtag maßgebend."

Steuerfrei sind, d. h. die Bürgersteuer darf nicht erhoben werden von Personen,

1) die am **Stichtag** vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert sind oder bei denen an diesem Tag die Ausübung des Wahlrechts ruht;

2) Personen die am **Fälligkeitstag** Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung empfangen;

3) die am **Fälligkeitstag** laufend öffentliche Fürsorge (Armenunterstützung) genießen;

4) die am **Fälligkeitstag** Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen (also insbesondere Bezieher von Invaliden- und Witwenrenten) und ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 RM. nicht übersteigt;

5) die am **Fälligkeitstage** eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes empfangen.

Unter Stichtag ist der 10. Oktober, unter Fälligkeitstag der 10. Januar (1932) und 10. März (1932) zu verstehen.

Die Erhebung der Bürgersteuer liegt den Gemeinden ob. Sie wird in der Regel erhoben:

1) von Steuerpflichtigen, für die eine Steuerkarte auszufertigen ist, durch Einbehalten eines Lohnanteils (wie bei der Lohnsteuer);

2) von den übrigen Steuerpflichtigen (die veranlagt werden) in einem besonderen Verfahren.

Für Lohnsteuerpflichtige, die veranlagt werden (Jahreseinkommen über 8000 RM.) gelten noch besondere Abweichungen. Für die Lohnsteuerpflichtigen berechnet die Gemeindebehörde die Höhe der Bürgersteuer und verzeichnet sie auf der Rückseite der Steuerkarte.

Aus der Erhebungsart (oben Ziffer 1) ist ersichtlich, daß auch die **Arbeitgeber** bei der Erhebung der Steuer wesentlich mitzuwirken haben. Der Arbeitgeber ist für den richtigen Abzug gesetzlich haftbar. Er hat an den Fälligkeitstagen die auf der Steuerkarte verzeichneten Beträge vom Lohn einzubehalten und an die zuständige Gemeindekasse abzuführen. (Vergl. zur Illustration beispielsweise die Rückseite der Steuerkarte von 1931.) Die Last, die der Gesetzgeber dem Arbeitgeber damit aufbürdet, ist nicht zu unterschätzen, insbesondere wenn man bedenkt, daß der Arbeitgeber Steuerpflichtige von verschiedenen Landesteilen oder Gemeinden mit verschiedenartiger Steuerhöhe haben kann!

Ueber den Zeitpunkt und das bei dem Lohnabzug und der Abführung der Steuer einzuhaltende Verfahren sowie über etwaige Steuerrückerstattungen sind für 1931 zweifellos noch Aenderungen gegenüber den für 1930 gültigen Bestimmungen zu erwarten.

Mit der Einführung der Bürgersteuer kommt die seitherige Einwohnersteuer zwangsläufig in Wegfall. Vom fiskalischen Standpunkt aus betrachtet hat die Bürgersteuer der Einwohnersteuer gegenüber den Vorteil,

1) daß sich kein Steuerpflichtiger seiner Zahlungspflicht (etwa wegen Vermögenslosigkeit) mehr entziehen kann;

2) daß sie mehr einträgt als die Einwohnersteuer;

3) daß sie weitere Personenkreise umfaßt (auch Dienstboten und Gewerbegehilfen, welche meist einwohnersteuerfrei waren);

4) daß sie die Steuerpflichtigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit erfaßt und nicht jeden gleich belastet (vergl. die nach der Höhe des Einkommens gestaffelten Beträge des Landessatzes).

Auf der anderen Seite ist allerdings auch zu sagen, daß die Bürgersteuer in ihrer jetzigen Gestalt und Erhebungsart manche Härte in sich birgt, insbesondere die Belästigung der Arbeitgeber und Gemeindebehörden durch wesentliche Mehrarbeit. Dies hat mit dem vielgepriesenen Abbau und der Geschäftsvereinfachung also nichts zu tun!

Nun zum Schluß noch einige Beispiele für die Berechnung der Bürgersteuer:

Beispiele:

1. Fall: Gemeindeumlagesatz 24 Prozent. Der Steuerpflichtige ist verheiratet und hat mit seiner Ehefrau zusammen ein Einkommen von 2000 RM. Die Gemeinde erhebt keinen Zuschlag zum Landessatz. Hienach beträgt die Bürgersteuer:

a) für den Ehemann	6 RM.
b) für die Ehefrau die Hälfte	3 RM.
zusammen	9 RM.

fällig in 2 Raten am 10. 1. 1932 und 10. 3. 1932.

2. Fall: Gemeindeumlagesatz 30 Prozent. Der Steuerpflichtige ist ledig. Einkommen 1800 RM. Die Gemeinde **muß** (weil über 28,5 Prozent Umlage) 50 Prozent Zuschlag zum Landessatz erheben. Hienach beträgt die Bürgersteuer:

Landessatz	6 RM.
50 Prozent Zuschlag	3 RM.
zusammen	9 RM.

3. Fall: Gemeindeumlagesatz 25 Prozent. Der Steuerpflichtige ist ledig. Sein Einkommen beträgt 1000 RM. Er ist hienach einkommensteuerfrei. Die Gemeinde hat von ihrem Recht einen Zuschlag zum Landessatz zu erheben Gebrauch gemacht und erhebt einen solchen von 100 Prozent vom Landessatz. Die Bürgersteuer beträgt also:

Landessatz	3 RM.
(auf die Hälfte ermäßigt, weil einkommensteuerfrei)	
100 Prozent Zuschlag	3 RM.
zusammen	6 RM.

(Fortsetzung folgt.)

Humor und Tod.

Der kürzlich verstorbene Humorist Otto Reutter wurde schon bei Lebzeiten mit dem Tode gut fertig. Wenigstens hat er folgende Verse geschrieben, die die Todesfurcht bannen sollen:

„... Und fürchte dich nie, ist der Tod auch nah.
Je mehr du Angst hast, je eher ist er da.
Vorm Tode sich fürchten, hat keinen Zweck,
Man erlebt ihn ja nicht, wenn er kommt, ist man weg!
Und schließlich kommen wir all' an die Reih',
In fünfzig Jahren ist alles vorbei!"

Humoristisches.

Peinliche Frage. Junger Mann (zu seiner Angebeteten): „Wenn Sie mich abweisen, werde ich nie eine andere lieben." „Auch nicht, wenn ich Sie erhöre?"

Passende Dosis. Bäuerin (zum Arzt): „Sie haben meinem Manne Tropfen verschrieben. Mit so 'ner kleinen Portion darf ich ihm gar nicht kommen. Könnten Sie ihm nicht etwas verschreiben, was er im Maßkrug einnehmen kann?"

Gekochte Erbsen. Onkel (zum kleinen Neffen): „Was ist denn deine Lieblingsspeise?" „Gekochte Erbsen. Die vertrage ich nicht und habe da immer so Magenweh, daß ich den nächsten Tag nicht in die Schule zu gehen brauche."

Ein Warnungszeichen. Junger Bauer (zu einem Kameraden): „Du gehst ja gar nicht mehr mit der Kathi. Ich hab' gedacht, du heiratest sie." „Wollt' ich auch. Aber als ich sie neulich bei ihrer Herrschaft Teppiche klopfen sah, ist mir die Heiratslust vergangen."

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 8. April. Von maßgebender Seite wird uns mitgeteilt: Die Zusammenschlußverhandlungen in der Uhrenindustrie sind daran gescheitert, daß die Firma F. Mauthe G. m. b. H. ihre bereits ausgesprochene grundsätzliche Zustimmung wieder zurückgezogen hat.

Freiburg, 8. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird morgen früh um 6 Uhr zu seiner Fahrt nach Kairo aufsteigen. Die Führung des Luftschiffs liegt in den Händen von Dr. Eckener. An der Fahrt werden 21 Passagiere teilnehmen.

Karlsruhe, 9. April. Am Mittwoch vormittag wurde die Maxauer Schiffsbrücke durch das zu Tal nach Mannheim fahrende Boot „Oranje 3" stark beschädigt. Das Boot fuhr gegen das sog. Landjoch auf bayerischer Seite, das so stark beschädigt wurde, daß der Eisenbahn- und Fahrzeugverkehr über die Brücke voraussichtlich mehrere Tage unterbrochen sein wird. Das Boot wurde ebenfalls auf der rechten Seite am Radkasten beschädigt. Den Fußgängerverkehr versucht man über die Brücke aufrecht zu erhalten. Die fälligen Züge wurden bereits über Germersheim umgeleitet. Die Beschädigung der Schiffsbrücke ist so schwer, daß man voraussichtlich mit einer Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs für die Dauer von 8 bis 14 Tagen rechnet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berlin, 8. April. Der Stapellauf des Kreuzers „Ersatz Preußen" findet am Dienstag, 19. Mai, auf den Deutschen Werken Kiel, Aktiengesellschaft, Kiel, statt.

Berlin, 9. April. Am ersten Tag der Eintragungsfrist für das Volksbegehren des Stahlhelms haben sich in Groß-Berlin 19052 Personen in die Listen eingetragen. Seinerzeit hatten sich am ersten Tage für das Volksbegehren gegen den Youngplan im Oktober 1929 in Berlin 20110 Personen eingetragen.

Berlin, 8. April. Das Präsidialmitglied des Obersten Volkswirtschaftsrats, Herr Pjatakoff, ist in Berlin eingetroffen, um die in Moskau mit den deutschen Industriellen geführten Besprechungen in dem von den zuständigen Reichsressorts gebilligten Rahmen zum Abschluß zu bringen. Die übrigen Mitglieder der Sowjetdelegation werden im Laufe dieser Woche erwartet.

Lübeck, 8. April. Der vor etwa 2 Wochen in der Lübecker Reichswehrkaserne bei einer Besichtigung durch einen Maschinengewehrschuß schwer am Unterleib und Becken verwundete Untertertianer Glamac ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Glamac war das einzige Kind seiner Eltern. Sein Mitschüler Hauschildt, der an der Hand schwer verwundet wurde, befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Wien, 8. April. Die Wiener Presse meldet, daß sich die gerichtliche Untersuchung wegen des Attentats auf König Zogu von Albanien gegen 7 Albaner richtet. Unter diesen sind zwei ehemalige albanische Minister. Da auch Ermittlungen auf diplomatischem Wege notwendig sein werden, die Untersuchung demnach mindestens 2 Monate dauern dürfte, kann der Prozeß nicht vor Mitte Juni erwartet werden.

Oslo, 8. April. Die gestern angekündigte Aussperrung von 43000 Arbeitnehmern mehrerer bedeutender Industriebetriebe sowie der Provinzdruckereien ist heute nacht in Kraft getreten. Man erwartet, daß die Regierung für die Dauer des Arbeits-Konflikts ein Alkoholverbot erlassen wird. Mehrere Provinzblätter konnten in verkleinertem Umfang erscheinen. Die Osloer Zeitungen werden von der Aussperrung nicht betroffen.

Colon (Panama), 8. April. Nach einem Funkspruch, den die in Panama lebenden venezolanischen Revolutionäre aus Venezuela erhalten haben, ist es den revolutionären Streitkräften des Generals Cedeno gelungen, im südlichen Venezuela Fuß zu fassen. Nach einem blutigen Gefecht gelang es den Truppen des Obersten Alvarez Bietia gestern, die Stadt San Vicente zu besetzen, während die Streitkräfte des Obersten Carlos Ponte die Stadt Rinconhondo einnahmen. Beide Parteien erlitten bei den Kämpfen beträchtliche Verluste.

Berkeley (Kalifornien), 8. April. Bei dem Neubau der hiesigen Universität stürzte heute das dritte Stockwerk ein. 5 Arbeiter wurden getötet, 18 schwer verletzt.

Birkenfelder Familien-Chronik

1. bis 31. März 1931.

Geburten:

3. März: Dieter Richard, Sohn des Artur Fix, Fassers und der Wilhelmine geb. Wohlgemuth;
9. März: Reinhold, Sohn des Karl Breckle, Goldarbeiters und der Helene geb. Kuhn;
12. März: Karl Friedrich, Sohn des Karl Joh. Weisinger, Goldarb. und der Berta geb. Müller;
12. März: Totgeb. Mädchen des Wilhelm Heinz, Goldarb. und der Hedwig geb. Schmid;
20. März: Totgeb. Mädchen des Reinhold Roth, Kaufmanns und der Elise geb. Bischoff;
20. März: Hilde, Tochter des Ernst Becht, Malermeisters und der Emilie geb. Schach;
30. März: Gerhard Alfred, S. des Karl Friedr. Oelschläger, Maschinenarb. und der Marta geb. Vester.

Eheschließungen:

27. März: Albert Wilhelm Vester, Maler mit Hedwig Schwenmle;
30. März: Karl Wilhelm Weiß, Hilfsarb. m. Frida Linkenheil.

Sterbefälle:

5. März: Albert Denzinger, Steinbruchbesitzer, 55 J. a.;
9. März: Sofie Stubbe geb. Behrens, Oberwachtmeisters Ehefrau, 69 Jahre alt.

Eine angenehme Ueberraschung für die Hausfrau bedeutet die Herabsetzung des Preises für die seit Jahrzehnten bewährten Maggi-Suppen auf 10 Pfg. für den Würfel. Dieser „Dienst am Kunden" wird nicht nur Freude bei allen Verbrauchern von Maggi's Suppen auslösen, sondern diesem hervorragenden Qualitätserzeugnis auch zahlreiche neue Freunde zuführen.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Ueber das Vermögen der
Eheleute **Karl** und **Lina Eisele**, Wollwarengeschäft in **Loffenau**,
ist am 1. April 1931, vormittags 10½ Uhr, das

Vergleichs-Verfahren

zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Herr Bezirksnotar Kemmler in Herrenalb ist zur Vertrauensperson ernannt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf

Montag den 27. April 1931, nachmittags 3¼ Uhr,

vor dem Amtsgericht Neuenbürg. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Den 8. April 1931.

Zwangsversteigerung.

Am **Freitag den 10. April 1931**, vormittags 10 Uhr, kommen in **Calmbach** öffentlich gegen bar zur Versteigerung:

2 Einspänner-Leiterwagen, 1 Futterschneidmaschine, 4 Mostfässer und zirka 20 Zentner Heu.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieher **Lauber.**

Tuberkulosen-Fürsorgestelle.

Die **nächste Sprechstunde** findet am **Samstag den 11. April 1931, nachmittags von ½3 bis 5 Uhr,** auf der **Charlottenhöhe** bei Calmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Sozialdemokratische Partei Birkenfeld.

An unsere Wähler!

Am **kommenden Samstag den 11. April**, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus z. „Rößle" eine

öffentliche Bürgerversammlung

statt. Thema:

„Rathausbericht der Sozialdemokrat. Fraktion."

Hierzu laden wir unsere Wählerschaft freundlichst ein.

S.P.D., Ortsverein Birkenfeld.

Am **Samstag den 11. April, abends,** findet im Hotel z. „Germania" in **Herrenalb** eine

Dreißiger-Feier

statt. Alle Altersgenossen vom Jahrgang 1901 in Herrenalb und Umgebung werden herzlich eingeladen, an der Feier teilzunehmen.

Mehrere Dreißiger.

Das Leben

ist trotz mancher Sorge dem Gesunden eine Freude, dem Kranken aber eine Last. **Deshalb trinken Sie** jetzt im Frühjahr eine der vier Sorten des im In- und Ausland seit Jahren berühmten

Rhöner Gebirgskräuter-Tee.

Nr. 1 Gegen Gicht, Rheumatismus, Ischias, Hexenschuß, Arterienverkalkung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.

Nr. 2 Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschwoll. Beine, Wassersucht, Fettleibigkeit rc.

Nr. 3 Gegen Grippe, Husten, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden rc.

Nr. 4 Zur Blutreinigung und -Verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verstopfung und Hautunreinigkeiten.

Kaufen Sie keinen Tee bei Hausierern oder Reisenden! Holen Sie sich in der Apotheke 1 Paket **„Rhöner Gebirgskräuter-Tee"**. Derselbe ist in hervorragendem Maße heilkräftig, dabei sehr wohlschmeckend und billig und wird von Allen, die ihn kennen, jedem andern vorgezogen. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen. Zu haben in **Neuenbürg, Schömberg** in der Apotheke.

Pfinzweiler—Hölen.

Hochzeits-Einladung

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 11. und Sonntag den 12. April 1931

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in unser elterliches Haus

Gasthaus zur „Sonne" in Hölen a. Enz

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Ernst Kling,
Sohn des Ernst Kling, Sägewerksbesitzers in Pfinzweiler.

Hedwig Schmauderer,
Tochter des Sonnenwirts Otto Schmauderer in Hölen.

Kirchgang Samstag 11 Uhr in Hölen.

Motorräder

bürgen für Zuverlässigkeit und Qualität.
Modelle in allen Preisklassen.

Motor-Fahrrad „Motosulm"
mit Vorderrad-Antrieb und Ballon-Bereifung
für Herren M. 198.—, für Damen M. 215.—.

Zur unverbindl. Besichtigung ladet ein

Auto-König, Neuenbürg a. E.,
Telefon 72.

Schömberg, den 8. April 1931.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere treubesorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Katharina Keppler,
geb. Schnürle,

nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von nahezu 60 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Der Gatte: **Joh. Georg Keppler,**
Georg Keppler und Frau,
Friedrich und **Rita Keppler.**

Beerdigung: Freitag nachmittag 2 Uhr.

Birkenfeld.

Torfmull,

Ia ostfriesische Ware, sowie sämtliche

Düngemittel

zu den niedrigsten Preisen frei Haus geliefert empfiehlt

Alfred Kübler.

Wer ein Lebensmittelgeschäft anfangen will,

wird von einer alten, soliden **Lebensmittel-Großhandlung** mit Waren eingerichtet.

Adressen erbitten wir an die Enztäler-Geschäftsstelle

Visiten-Karten
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Zwangsversteigerung.

Am **Freitag den 10. April 1931**, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung:

1 Klavier, 1 Eistransformator, 1 Warenschrank, 1 Zigarrenkasten.

Zusammenkunft am Rathaus.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

3 Konserven-Sondertage

Donnerstag, Freitag, Samstag:

Gemüse-Erbsen
1 Kg.-Dose **52** Pfg.
Junge Erbsen
1 Kg.-Dose **60** Pfg.
Schnitt- und Brech-Bohnen
1/1 Kg.-Dose **45** Pfg.
1/2 Kg.-Dose **25** Pfg.
Karotten
geschn.
1/1 Kg.-Dose **40** Pfg.
1/2 Kg.-Dose **25** Pfg.

Billige Obst-Konserven
Kirschen
mit Stein
Preiselbeeren
1/1 Kg.-Dose **1.-** Pfg.
1/2 Kg.-Dose **60** Pfg.
Pflaumen
mit Stein
1/1 Kg.-Dose **60** Pfg.
ohne Stein
1/1 Kg.-Dose **85** Pfg.

. . . und 5% Rabatt.

Pfannkuch

Neuenbürg.

Im städt. Armenhaus ist eine

Wohnung

zu vergeben. Die Wohnung wird zum ermäßigten Preis vermietet, weil damit die **Hausaufsicht** verbunden ist. Eventl. kann auch der Posten eines

Waisenmeisters

übernommen werden. Interessenten wollen sich bis 13. ds. Mts. melden beim

Bürgermeisteramt.

Bezirks-Consum-Verein Neuenbürg.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern

Einlege-Eier
echte Beneto 60/61
sowie
schwerste Steirer
zu konkurrenzlos billigsten Preisen.

Der Vorstand.

Birkenfeld.

Küken

14 Tage alt zu verkaufen. Mache auch **Lohnbrut** ab 18. April 1931. Verkauf von

Eintagsküken

ab 18. April 1931.

Empfehle mein bestes

Küken- u. Hühnerfutter (Universal)

pro Ztr. Mark 14.75 bis Mark 15.75 bei Barzahlung 5 Proz. Rabatt.

Willi Bauschlicher, Lebensmittel,
Hauptstraße 79.

Suche sofort
Pachtwirtschaft
evtl. mit Metzgerei
Ziegler, Gernsbach,
Murgtal.

Langenbrand.

Eine 35 Wochen trächtige

Nutz- und Fahrkuh

setzt unter jeglicher Garantie dem Verkauf aus

Wilhelm Keppler, Maurer.
Haus Nr. 78.

Familien-Drucksachen
Besuchskarten
Verlobungsanzeigen
Vermählungsanzeigen
Geburtsanzeigen
Danksagungskarten
Glückwunschkarten usw.
liefert in vornehmer Aufmachung
C. Meeh'sche Buchhandlg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw